

Widerspruch

DIE LINKE. PDS

Oder-Spree

www.linke-oder-spree.de

Neujahrsempfänge der Linkspartei.PDS in Oder-Spree und Märkisch-Oderland

Für uns Linke ist 2007 ein besonderes Jahr

„Neujahrsempfänge sind eine gute Gelegenheit, ungezwungen und über Parteigrenzen hinweg ins Gespräch zu kommen. Kontakte werden geknüpft oder vertieft zu Bürgermeistern, Gemeindevertretern, zu vielen gesellschaftlich Aktiven von Vereinen, Verbänden, Unternehmen. Hier können Absprachen getroffen werden. Man kann Bilanz ziehen und Sichtweisen austauschen. Oder man freut sich einfach, einander zu sehen und sich nach dem Befinden zu erkundigen. Auch kann man Dank sagen: für geleistete Arbeit, für Engagement, Ideen und konstruktive Kritik. Viele Gründe, aus Treffen für Neujahrsglückwünsche eine gute Tradition zu machen“, stellte Renate Adolph, Landtagsabgeordnete der Linkspartei, auf ihrem Empfang fest.

„Für uns Linke ist 2007 ein besonderes Jahr. Wir sind angetreten, eine neue Partei zu begründen, dass ostdeutsche und westdeutsche Erfahrungen alternativer, linker Politik mehr als bisher verallgemeinert werden können, dass die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wachsen kann. Wir sind angetreten, eine Partei zu gründen, die das Utopiepoten-

tial des demokratischen Sozialismus nicht begräbt, die Chancengleichheit von Frauen im Beruf oder von Jugendlichen in der Ausbildung als gelebte historische Erfahrung ernst nimmt“, sagt Lothar Bisky, Direktkandidat



Stefan Sarrach, Gerlinde Stobrawa, Stephan Wende, Monika Krüger und Lothar Bisky beim Neujahrsempfang in Fürstenwalde (v.l.)

Aus dem Inhalt:

- Landesparteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg in Blossin3
- Kleiner Kreistag und große Politik.....8

- Gaskunden müssen sich wehren 14
- 35 Jahre Berufsverbote sind genug 17
- Der Linken ein eigenes Radio21
- Rentenproteste = gelebte Demokratie 22
- Zwischen Kyrill und Geschonneck ... 26

für den Bundestag aus unserem Wahlkreis und Parteivorsitzender.

„Gute Vorsätze für 2007 sind für die Linkspartei ein Muss. Ich meine die neue Linkspartei, die im Juni aus der WASG, der Linkspartei.PDS und aus bislang parteilosen Linken entstehen soll. Sie bleibt für mich ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Aber ich kann nur alle ermutigen, mitzumachen. Denn die Bundesrepublik Deutschland braucht nichts nötiger, als eine bundesweit starke, demokratische Linke“, ergänzt Stephan Wende, Kreisvorsitzender in Fürstenwalde, auf dem Neujahrsempfang und fährt spöttisch lächelnd fort: „Nach dem chinesischen Horoskop schreiben wir dann das ‚Jahr des Schweins‘. Und wenn wir dazu auch noch Schwein haben, dann wird die neue Linke ein ‚Feuer-Schwein‘ und sich schon dadurch von PDS und der WASG unterscheiden.“

Denn die PDS startete 1990 als Drache und die WASG erblickte 2005 als Affe das Licht der Parteien-Welt. Nun also Feuer-Schwein und das heißt auf Chinesisch: Die neue LINKE wird gutmütig, leidenschaftlich, kreativ, sinnlich und heiter. Die eher negativen Eigenschaften, die einem Schwein nachgesagt werden, lasse ich aus guten Gründen jetzt weg.

Nun habe ich weiter gestöbert, wie sich die Parteineugründung für die Linkspartei.PDS und für die WASG auszahlt. Die Chinesische Weisheit meint: letztlich für beide gut. Sie mahnt zwar, 2007 sei weder für die Linkspartei.PDS, noch für die WASG ein Jahr großer Sprünge. Aber ausgerechnet für Juni 2007 macht das Chinesische Horoskop wieder Mut.

Für den Drachen Linkspartei.PDS sagt es voraus: Gemeinschafts-Erlebnisse stehen an erster Stelle. Die Beziehung kann eine tiefgreifende Veränderung erfahren. Und für den Affen WASG: Wenn er seine spitze Zunge etwas mehr im Zaume hält, dann wird ihm der Einsatz das bringen, was er immer wollte – nämlich im Rampenlicht zu stehen.

Wir sehen also: Das neue Jahr verspricht noch viel Spannung und viel Arbeit. Und da-

für wiederum wünsche ich Ihnen, wünsche ich uns, viel Kraft, Gesundheit und natürlich Erfolg.“

Bei den Neujahrsempfängen ging es aber nicht nur um die Parteineubildung, sondern auch um ganz konkrete Fragen der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Entwicklung der Landkreise Märkisch Oderland und Oder Spree. Es ging um Arbeitsplätze, Wohnbedingungen, Gesundheitsvorsorge, Verkehrswegeplanung, Fahrradwege, Jugendprojekte, Studienbedingungen, Gaspreise, um die Entwicklung der Region insgesamt. Die internationale Verflechtung mit der polnischen Nachbarregion spielt dabei genau so eine Rolle wie die Beziehungen zwischen den Landkreisen und der Hauptstadt.

Das Leitbild der Linkspartei für Brandenburg wurde auf den Neujahrsempfängen diskutiert und man kam zu dem Schluss: Wir wollen nicht nur Leuchttürme, alle Regionen müssen entwickelt werden. Wer will, findet Wege, wer nicht will, Gründe.

Dr. Elvira Strauß, Erkner



Dagmar Enkelmann (MdB) und Renate Adolph (MdL) beim Neujahrsempfang in Hoppegarten (v.l.)

1. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS Brandenburg am 3./4. 2. 2007 in Blossin

■ Viele Namen – Abschied und Neubeginn

Ich bin mit 18 Jahren in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eingetreten, um mit den Genossen die Welt zum Besseren für die Menschen zu gestalten. Zu DDR-Zeiten hatte ich nie die Chance, persönlich an einem Parteitag teilzunehmen. Mir blieb nur, deren Dokumente zu studieren, was manchmal ganz schön nervig und langweilig war. Der erste Parteikongress, den ich erlebt habe, war der Sonderparteitag am 16. Dezember 1989, als Gregor Gysi mit dem großen Besen den „Bruch mit dem Stalinismus“ verkündete. Das steht für uns heute nicht mehr zur Disposition. Wir verstehen uns

Woher wir kommen, wohin wir gehen,
Gerechtigkeit bleibt unser Ziel.

als moderne demokratische antikapitalistische Partei. Am 16. Dezember 1989 wurde der Name in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) geändert, um zu zeigen, dass unsere Vision einer neuen Gesellschaft mit der Demokratie eng verbunden sein soll. Schon wenige Monate später, am 4. Februar 1990, trennten wir uns vom Namensbestandteil SED, der neue Name lautete nun Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Im Juli 2005 wurde die Partei nochmals umbenannt in Die Linkspartei.PDS. Umbenennungen waren in der neuesten Parteigeschichte an der Tagesordnung.

Nach fast 17 Jahren war ich erneut Parteitagsdelegierte. Am 3. und 4. Februar 2007 fand im Jugendbildungs- und Erholungszentrum Blossin der 10. Landesparteitag Brandenburg statt. Nicht nur, dass wir alle ein bisschen älter geworden sind, was aus Video-Einspielungen und einer Ausstellung vergangener Wahlkampfplakate abzul-

esen war, es war auch schon wieder der letzte Landesparteitag dieser Organisationsstruktur. Im Juni 2007 bildet sich aus Linkspartei und WSAG eine neue Partei, die „Die Linke“ heißen soll. Der Parteitag beschloss einstimmig eine Vereinbarung zwischen Linkspartei und WSAG für diesen Weg. Der zeitgleich tagende Landesparteitag der WSAG beschloss das Dokument ebenfalls. „Die Vertragspartner vereinbaren, dass der Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brand-

burg zum 8. September 2007 einberufen werden soll“, heißt es dort. Ich erlebte am Wochenende also einen Abschied und

zugleich den ersten Schritt zum Neubeginn.

Die Neugründung unterscheidet sich in manchem von den historischen Vorläufern – insbesondere dadurch, dass unserem heutigen Vorhaben weder eine historische Katastrophe wie der 2. Weltkrieg noch ein umfassender Zusammenbruch des Realsozialismus vorausging. Sie unterscheidet sich von einem der historischen Vorläufer dadurch, dass diese Parteineugründung nicht nur demokratisch aussehen soll, sondern durch einen zutiefst



demokratischen Prozess gekennzeichnet sein wird. Die Linkspartei.PDS Brandenburg hat knapp 10000 Mitglieder und ist damit nach wie vor die mitgliederstärkste Partei im Land. Dass das so ist, hat heute nicht mehr nur mit unseren vielen Mitgliedern zu tun, die aus der SED in die PDS übergegangen sind, sondern inzwischen auch mit vielen Neueingetretenen und jungen Mitgliedern. Für manche von diesen ist die „Wende“ nur mehr Geschichte.

Wir wurden immer wieder totgesagt und haben uns doch nie unterkriegen lassen. Unsere historischen Erfahrungen, unsere Mitgift aus 17 Jahren PDS, lauten: Soziale Menschenrechte einerseits und individuelle Freiheitsrechte andererseits dürfen nicht voneinander getrennt werden. Unser erklärtes Ziel ist eine zukünftige Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit. Diese wichtige Erkenntnis hat uns in der Partei des Demokratischen Sozialismus zusammengeführt und war die entscheidende Voraussetzung für eine neue, größere Linkspartei in Deutschland. Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, strukturelle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft zu überwinden“, sagte Thomas Nord in seinem Bericht.

Wer kapitalistische Verhältnisse mit demokratisch-sozialistischen Alternativen überwinden möchte, agiert immer im Spannungsverhältnis von Protest und Gestaltungsanspruch. Protest gegen den Sozialabbau und Politikgestaltung aus der Opposition heraus sind für mich auch zwei Seiten meines täglichen Handelns.

Die Parteitagebdebate beschäftigte sich mit unseren Erfahrungen in einer Region, die



Heinz Vietze (MdL, Fraktionsgeschäftsführer) und Kerstin Kaiser (Fraktionsvorsitzende)

von tiefgreifenden Transformations- und Schrumpfungprozessen betroffen ist. Die Landtagsfraktion hat eine Debatte über unser landespolitisches Leitbild losgetreten, um ihre Parlaments-, Regierungs-, Verwaltungs- und Organisationsarbeit auf die Umsetzung der Ideen, Vorstellungen der einzelnen Landeskinder, Vereine, Gruppen und Institutionen auszurichten.

Wolfgang Neskovic, MdB, und Stefan Sarrach, MdL, diskutierten am Sonntag mit dem Parteitagplenium über Aufgaben und Probleme des Sozial- und Rechtsstaates. Fazit war: „Ohne den Sozialstaat gibt es keine echte Rechtsstaatlichkeit und umgekehrt. Denn dass Soziale verhilft auch dem zum Recht, der sich das Recht ohne Hilfe nicht leisten könnte. Und nur der Rechtsstaat vermag es, die gerechte Teilhabe der Menschen am Reichtum der Gesellschaft in verlässlicher Weise dauerhaft zu sichern. das Grundgesetz gewährleistet nicht nur den Sozialstaat, sondern es ist eine ideale Verfas-

Wolfgang Neskovic, MdB, Harald Petzold, Mitglied des Landesvorstandes, und Stefan Sarrach, MdL (v.l.)



sung für einen demokratischen Sozialismus. Die Linkspartei verteidigt das Grundgesetz der Bundesrepublik, gegen seine neoliberalen Angreifer.“ Vor 17 Jahren hätte ich nie gedacht, dass ich einmal eine solche Position auf einem Parteitag mittragen würde.

Der dritte Schwerpunkt des Parteitages war die Neuwahl der Landesgremien. Die 177 anwesenden Delegierten stimmten, nach

gründlicher und zeitaufwendiger Prüfung, mit großer Mehrheit für die vorgeschlagenen Kandidaten. Streit und Intrigen, wie es in anderen Parteien üblich ist, gab es nicht. Auch meine Tochter, die vor 17 Jahren noch ein Kind war, wurde als Geschäftsführerin wiedergewählt. Ich gebe zu, ich bin ein bisschen stolz auf sie.

Für mich war auf diesem Parteitag spürbar, dass wir nicht nur eine erneute Namensänderung erleben, sondern eine gesamtdeutsche Linke entsteht, die zwar die Identitäten, Biografien, Erfahrungen und Traditionen mitnimmt aber auch völlig Neues hervorbringen wird. Soziales, Demokratie und die konkreten Lebensinteressen des Einzelnen spielen in unserer Politik eine wichtige Rolle.

*Dr. Elvira Strauß
Parteitagebdelegierte, Erkner*



Steffen Hultsch, Landesvorsitzender der WASG, Heinz Vietze, MdL, und Dagmar Enkelmann, MdB (v.l.)

Wahlergebnisse

Landesvorsitzender	Thomas Nord	82,50 %
Stellvertretende Landesvorsitzende	Dr. Kirsten Tackmann	90,90 %
Landesgeschäftsführerin	Maria Strauß	85,80 %
Landesschatzmeister	Matthias Osterburg	90,90 %
Mitglieder des Landesvorstands	Dr. Andreas Bernig	88,10 %
	Elke Böckmann	85,71 %
	Katharina Dahme	78,86 %
	Thomas Domres	91,70 %
	Diana Golze	80,57 %
	Silvia Hauffe	89,14 %
	Matthias Loehr	71,40 %
	Stefan Ludwig	87,50 %
	Jutta Nitsche	76,57 %
	Ingo Paeschke	58,90 %
	Harald Petzold	73,80 %
	Dagmar Püschel (LOS)	84,57 %



■ Unser Leitbild und der Markt

Diskussionsbeitrag von Dr. Artur Pech, Schöneiche



Dr. Artur Pech auf dem Parteitag

Der Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes beginnt mit einer knappen Darstellung zur Entwicklung eines alternativen Leitbildes für das Land Brandenburg.

Nun stehen heute und morgen die organisatorischen Probleme zur Bildung der neuen Linken in Brandenburg und Wahlen im Mittelpunkt. Ich will dennoch auf ein inhaltliches Problem eingehen, dass für die entstehende Partei und ihr Selbstverständnis von großer Bedeutung ist. Da ich mich in der Kürze dieses Beitrages auf ein Problem beschränke, ist mir natürlich eine ausgewogene Würdigung des Entwurfs für ein Leitbild nicht möglich.

Im Entwurf für unser Leitbild heißt es auf Seite 6: „Die hochkomplexe Wirtschaft von heute braucht den Markt als »selbstregelndes System«, das dem einzelnen Produzenten wie auch der gesamten Gesellschaft anzeigt, zu welchen Kosten und mit welchen Gewinnen gewirtschaftet wird. Auf dieser Grundlage lassen sich gerechte Austauschverhältnisse herstellen, können Ressourcen verantwortungsbewusst eingesetzt werden.“

Diesen Satz kann ich mir sehr gut in einer Hausarbeit oder in einem VWL-Seminar vorstellen. In unserem Leitbild für das Land Brandenburg hat er nichts zu suchen.

Die von den Menschen auch in Brandenburg erlebte reale Wirkung dieses Systems „Markt“ zeigt sich in rasant steigenden Energiepreisen, in einer Ausdünnung von Angeboten im ländlichen Bereich, im ausgeliefert sein an den verbliebenen letzten Anbieter – wenn es den denn vor Ort noch gibt.

Der reale kapitalistische Markt und seine weitere Entfesselung durch Deregulierung, wie z.B. durch die Dienstleistungsrichtlinie der EU fordert den entschiedenen Widerstand der Linken heraus, und nicht die Betonung der segensreichen Wirkungen eines über den kapitalistischen Wässern schwebenden Marktes der Dritten Art. Und wenn in diesem Zusammenhang schon von Gerechtigkeit die Rede ist, dann doch wohl vom Abbau der Gerechtigkeit. Die am Freitag beschlossene Gesundheitsreform zeugt doch auch nur von der fortschreitenden Vermarktung des Gesundheitswesens. Worauf der sich selbst regelnde Gesundheitsmarkt der Krankenkassen hinausläuft liegt auf der Hand.

Da hilft es wenig, wenn wir als Linke so tun, als könne der kapitalistische Markt ohne seine kapitalistischen Kainsmale funktionieren. Politisch klarer ist die Forderung „dass der gegenwärtige Zustand des Kapitalismus, der sich dadurch auszeichnet, dass Märkte sowohl institutionell als auch territorial völlig entgrenzt sind, überwunden werden muss.“ (Gregor Gysi, ein moderner Sozialismus, „Neues Deutschland“ 3./4.2.2007, S. 24)

Aus meiner Sicht wird an der zitierten Stelle des Leitbildes ein Herangehen deutlich, dass Ralf Christoffers erst jüngst in die Worte kleidete: „Eigentums-, Markt- und Konkurrenzbeziehungen sind Ausdruck des erreichten Standes gesellschaftlicher Entwicklung und notwendiges Instrument zum Austausch von Produkten und Leistungen, Damit sind sie weder a priori sozial noch unsozial sondern ein gesellschaftliches Beziehungsgeflecht. Diese Akzeptanz ist Voraussetzung, um einen gesellschaftlichen Diskurs darüber führen zu können, welche Möglichkeiten und Grenzen marktregulierte Systeme aufweisen.“

Diese Position mag ja möglich sein. Links jedenfalls ist sie nicht. Ich halte eine quasia-kademische Diskussion der Linken, in der von den tatsächlich in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch im Land Brandenburg bestehenden Eigentums-, Markt- und Konkurrenzbeziehungen abstrahiert wird, für politisch verheerend. Denn die realen Verhältnisse sind a priori unsozial. Diese Verhältnisse zu akzeptieren bedeutet, auf die sozialistische Alternative zu verzichten.

Kurzum: Weder in unser Leitbild noch in unsere Politik gehören abstrakte Überlegungen, wie denn der kapitalistische Markt funktionieren könnte, wenn er nicht so wäre, wie er ist, sondern so klinisch rein, wie man ihn sich wünschen könnte.

Unser Ausgangspunkt muss die gesellschaftliche Wirklichkeit dieses Landes sein – wie sie ist und wie sie von den Menschen erlebt wird. Das halte ich auch für eine wesentliche Bedingung eines zukunftsfähigen Zusammengehens mit der WASG.

Dr. Artur Pech setzt sich ausführlich mit dem Beitrag „Umgang mit öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Beteiligungen“ von Ralf Christoffers, MdL, („Widerspruch“ 1/2007) auseinander.

Sein Beitrag „Das Eigentum und die Linkspartei – Eine Replik auf Ralf Christoffers“ kann über seine E-Mail-Adresse artur.pech@dr-pech.de bezogen werden.

Erfolg der Zusammenarbeit von Linkspartei und WASG in Frankfurt am Main



Einen Achtungserfolg konnte DIE LINKE bei den Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt (Main) erringen. Der Kandidat, Ulrich Wilken, erreichte 5,9 Prozent.

Die Parteineubildung zeigt weitere Erfolge. DIE

LINKE als politische Kraft wird auch in den alten Bundesländern zunehmend anerkannt. Das respektable Ergebnis von Ulrich Wilken als gemeinsamer Oberbürgermeisterkandidat von Linkspartei und WASG in Frankfurt (Main) setzt ein Zeichen. Er konnte damit an das gute Kommunalwahlergebnis in Hessen im vergangenen Jahr anknüpfen.

Grundlage für unser erfolgreiches Abschneiden war die Zusammenarbeit von Linkspartei und WASG. Auf dieser Basis sind gemeinsame Strukturen gefestigt und

der Parteibildungsprozess vor Ort fortgeführt worden. Wir haben sehr bewusst an die erfolgreiche Strategie der Kooperation der Kommunalwahlen angeknüpft. Wir haben einen Wahlkampf mit klaren Aussagen geführt – u.a. für Chancengleichheit in der Bildung, für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine realitätsbewusste Migrationspolitik – und es so der SPD schwer gemacht, sich links zu profilieren. Wir haben die kommunalpolitischen Sorgen der Menschen ernst genommen und darüber hinaus auch bundesweite Themen mit aufgenommen.

Die SPD kann sich schon mal warm anziehen. Der dreifache Wahlerfolg in Hessen bei der Bundestagswahl, bei der Kommunalwahl und jetzt bei der Oberbürgermeisterwahl, macht uns Mut für die Landtagswahlen 2008. Sinkende Wahlbeteiligung auch auf kommunaler Ebene ist Ausdruck wachsender Politikabstinenz. Dem will DIE LINKE mehr Elemente direkter Demokratie entgensetzen.

Bodo Ramelow, Wahlkampfleiter der Linkspartei.PDS, 29. Januar 2007

Aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE.PDS – Neues aus dem Kreistag

Der kleine Kreistag und die große Politik

Notizen und Kommentar zum Kreistag des Landkreises Oder-Spree am 31. Januar 2007

Die Diskussion über die Tagesordnung brachte eine (berechtigte) Unmutsäußerung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die hatte im vergangenen Jahr einen Antrag in den Kreistag eingebracht, der dann zur Behandlung in einen Fachausschuß verwiesen wurde. In diesem Ausschuss hat diese Fraktion aber kein stimmberechtigtes Mitglied und nun fand sich der Antrag nicht auf der Tagesordnung des Kreistages. Auf den wiederholten Antrag wird der Kreistag nunmehr erst in seiner nächsten Sitzung eingehen.

Unter dem Punkt „Anfragen“ war der Unmut über die langen *Wartezeiten bei in der Kfz.-Zulassung* am Ende des Jahres 2007 zu behandeln. Tatsächlich war das Management der Verwaltungen wohl von den Bedingungen überfordert und die Leitung versprach Besserung.

Danach wurden in flotter Reihenfolge der Neubau einer Cafeteria für das kreisliche Carl-Bechstein-Gymnasium in Erkner und die Erhöhung der Zügigkeit des Geschwister-Schöll-Gymnasiums in Fürstenwalde beschlossen.

Der *Tagesordnungspunkt „Errichtung von Leistungs- und Begabungsklassen“* am Albert-Schweitzer-Gymnasium Eisenhüttenstadt und am Gymnasium Erkner verdient eine ausführlichere Erwähnung. Zunächst geht es um die grundsätzlich verfehlte Bildungspolitik der Landesregierung. Sie handelt offenbar nach dem Motto: Kein Jahr ohne Novellierung des Schulgesetzes, möglichst auch keine Möglichkeit für eine kontinuierliche Bildungsarbeit an den Schulen des Landes.

So wurde denn auch die Einführung von Leistungs- und Begabungsklassen vorbereitet. Erst im Dezember 2006 erfolgte durch das zuständige Ministerium die Mitteilung, daß der Kreistag über die Einführung derartiger

Klassen beschließen solle. Da der Kreistag aber vor dem gesetzten Termin (März) nur noch am 31. Januar 2007 tagte, wurde die Sache ohne eine ordentliche Behandlung in den Ausschüssen auf die Tagesordnung gesetzt. Wahrlich kein Hohelied auf die Demokratie und die Mitwirkungsmöglichkeiten gewählter Gremien. Das sahen denn auch fast alle Abgeordneten des Kreistages so. Es wurde ein Protest gegen dieses Vorgehen an den Landtag und an das zuständige Ministerium beschlossen.

Danach fand sich freilich – weitgehend ohne die erforderliche inhaltliche Debatte – eine respektable Mehrheit für die Einrichtung derartiger Klassen. Dr. Bernd Stiller brachte die Gegenposition auf den Punkt: Mit diesen Leistungs- und Begabungsklassen wird an die sogenannten „Schnellläuferklassen“ angeknüpft. Die sollten in den letzten Jahren erproben, ob denn im Land Brandenburg das Abitur nach 12 Jahren möglich ist. Dieser Versuch wurde als Erfolg bewertet. Auch in Brandenburg wird künftig – wie früher in jenem untergegangenen Land und wie in Sachsen (welches auf das Zwischenspiel mit der 13. Klasse gänzlich verzichtet hatte) das Abitur nach 12 Schuljahren erworben.

Wenn nun aus den „Schnellläuferklassen“ die „Leistungs- und Begabungsklassen“ werden, hat dies zwei besonders hervorzuhebende Aspekte:

1. Die gegenüber den „normalen“ Klassen verbesserte Ausstattung für diese Klassen erfolgt zuungunsten aller anderen Schüler. Damit wenige besser gestellt werden können, werden viele schlechter gestellt.
2. Die Schüler für diese Klassen werden bereits ein Jahr früher aussortiert.

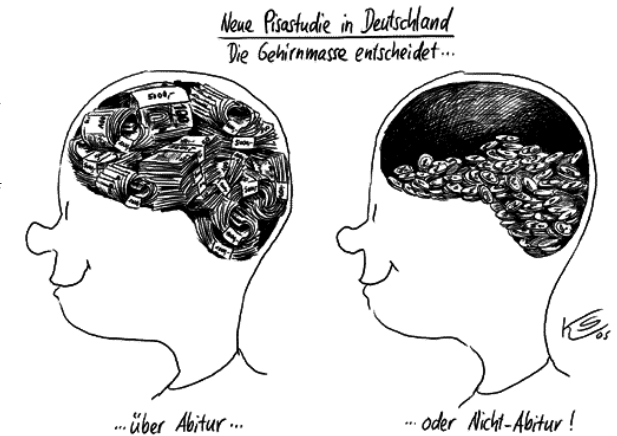
Es ist also festzuhalten: Die seit PISA bekannten Sünden des deutschen Schulsys-

Aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE.PDS – Neues aus dem Kreistag

tems werden damit in Brandenburg verschärft. Und dafür gibt es eine Mehrheit im Kreistag.

Der *Tagesordnungspunkt „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertagespflege im Landkreis Oder-Spree“* (Tagesmütter) erfordert ebenfalls zwei Anmerkungen. Erforderlich wurde diese Satzung wegen einer Änderung der Zuständigkeiten. Tatsächlich aber verbirgt sich dahinter ein Konzept, daß mit der viel beschworenen Notwendigkeit der Verbesserung der Bildung für Vorschul Kinder nicht in Einklang zu bringen ist. Denn natürlich ist die Tagesbetreuung billiger, als der Aufwand für die entsprechende Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten. Aber natürlich sind dafür auch die Anforderungen an die Qualifikation derer, die diese Kinder betreuen, deutlich niedriger. (Kleine) Kinder betreuen – das kann doch jeder. Und daran, daß dies einmal ein Fachschulberuf war, muß ja nicht weiter erinnert werden.

Ein weiterer *Tagesordnungspunkt betraf die Bestätigung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes KWU Entsorgung* für das Jahr 2005. Die Beschlußfassung erfolgte ohne größere Diskussion. Für 2005 war ein Verlust zu verzeichnen, der wesentlich auf Rückstellungen für die Altersteilzeit von Mitarbeitern dieses Unternehmens zurückzuführen war. Unausgesprochen befindet sich auch hier der kleine Kreistag Oder-Spree auf dem Feld der großen Politik. Schließlich wurde der Landkreis einmal aus drei Altkreisen geformt. Zwei dieser Altkreise hatten die Müllentsorgung privatisiert, nur in einem hatte das kommunale Wirtschaftsunternehmen Entsorgung überlebt. In den Jahren nach der Bildung des Landkreises Oder-Spree ist es gelungen, diese Privatisierungen im gesamten Landkreis rückgängig zu machen. Diese Rückkehr zur Entsorgung durch ein kommu-



nales Unternehmen hatte für die Menschen im Landkreis viele Vorteile. So konnten die Entsorgungskosten teilweise stabilisiert, teil- und zeitweise sogar reduziert werden. Die Erfahrungen im eigenen Kreis bestätigen also, daß die Behauptungen von den Zwangsläufigkeiten und Vorteilen der Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge schlicht nicht wahr sind. Völlig unabhängig von der politischen Farbenlehre, der sie jeweils entstammen, muß den Anhängern einer Privatisierung energisch widersprochen werden.

Gleiches gilt – freilich unter umgekehrtem Vorzeichen – für den *Tagesordnungspunkt „Jahresabschluß des Eigenbetriebes Kreiskrankenhauses Beeskow“*. Dieser Punkt wurde letztmalig im Kreistag behandelt, da dieses Krankenhaus zwischenzeitlich vom Eigenbetrieb in eine GmbH umgewandelt wurde. Damit ist der Kreistag nicht mehr zuständig. Und es ist jetzt möglich, den Mitarbeitern soziale Einschnitte und Einkommensverzichte aufzunötigen. Die Kraft unserer Fraktion hat nicht ausgereicht, diese Entwicklung zu verhindern. Wir billigen diese Maßnahmen nicht.

Alles in allem war es ein ganz normaler Kreistag.

Dr. Artur Pech, Schöneiche

Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag gibt Durchblick



Bildungsminister sagt Landtagsabgeordneten Stefan Sarrach Hilfe zu

Nicht auf Änderung des Kita-Gesetzes warten – jetzt schon Bestandsschutz in Anspruch nehmen!

Die Einschränkung des Rechtsanspruches aller Kinder auf Kita-Betreuung durch SPD und CDU ist bis heute sozial ungerecht und ausgrenzend. Daher beschloss der Landtag im Juni 2006 wenigstens teilweise nachzubessern, da die politische Forderung nach Änderungen nie verstummte.

Besuchen Kinder die Kita – so der Landtagsbeschluss – und werden deren Eltern später arbeitslos, verlieren die Kinder wegen eines Bestandsschutzes nicht mehr ihren Kita-Platz.

Obwohl für 2007 bereits vier Millionen Euro für diesen erweiterten Betreuungsumfang im Landeshaushalt eingestellt wurden, hat das Bildungsministerium den Entwurf der Änderung des Kita-Gesetzes erst für März angekündigt. Eine Verabschiedung des

Gesetzes durch den Landtag wird im ersten Halbjahr noch erwartet, kommt aber schon jetzt für potentiell berechnete Familien ein halbes Jahr zu spät.

Zu der Frage, was Eltern, die ab Januar 2007 Anspruch auf Bestandsschutz für ihre Kinder hätten, nun tun sollen, sprach ich am Rande der Landtagssitzung mit Bildungsminister Rupprecht. Minister Rupprecht verabredete mit mir, dass sich alle Berechneten schon jetzt direkt an das Ministerium wenden sollen. Er sagte mir zu, positive Einzelentscheidungen vorab treffen zu wollen. Ich biete daher an, Familien in seinem Wahlkreis behilflich zu sein, den Kontakt zum Ministerium unbürokratisch und schnell herzustellen. Mein Kontakttelefon ist: (033 61) 31 04 47.

Stephan Sarrach, MdL

Stefan Sarrach, Mitglied des Rechtsausschusses am 24. Januar vor dem Landtag

„Schädling im Volkskörper“ – oder die Mindeststandards im Strafvollzug

Im letzten Sommer schon beschlossen die Abgeordneten der CDU/CSU- und SPD-Fraktionen die Übergabe der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug an die Bundesländer. Sie taten das gegen den ernstesten und eindringlichsten Rat nahezu aller konsultierten Experten. Angesichts knapper Länderkassen war und ist zu befürchten, dass die Länder sich eine Milchmädchenrechnung erstellen: Kurzfristige Einsparungen gefährden nämlich die Resozialisierungsziele des Vollzuges und produzieren so langfristig erhebliche Mehrkosten, weil nun neue Ermitt-

lungen, neue Prozesse, neuer Haftplatzbedarf erzeugt werden.

Seitdem haben sich die Vertreter der Linkspartei in den Länderparlamenten für eine Schadensbegrenzung stark gemacht. Auch die Fraktion der Linke.PDS im Brandenburger Landtag setzte sich mit einem Antrag für die Verabredung bundesübergreifender Mindeststandards für den Strafvollzug ein.

Viel Zeit ist seit dem letzten Sommer vergangen. Jetzt erst beschloss die DVU im Brandenburger Landtag, dass bei dem Thema was zu holen sein müsste. Ganz aufgerüttelt

Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag gibt Durchblick



stellte sie in der 43. Sitzung zwei bräunliche Anträge zu Mindeststandards im Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug, die gleich in zweifacher Hinsicht zu spät kamen.

Erstens kamen sie zu spät, weil insbesondere Brandenburg längst in entwickelten Länderverhandlungen zu einheitlichen Strafvollzugsgesetzen steht.

Zweitens kamen sie – inhaltlich – noch einmal 61 Jahre zu spät, weil heute niemand mehr den Strafgefangenen als einen „Schädling im Volkskörper“ behandelt haben will. Niemand außer der DVU. Ihre Anträge wurden mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Stefan Sarrach, MdL, erläuterte dazu die Gründe seiner Fraktion:

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen uns heute mit zwei Anträgen der DVU-Fraktion auf dem Feld der Nachsorge zur Föderalismusreform befassen. Ich möchte hier im Zusammenhang ausführen, um nachher eine weitere Wortmeldung entbehrlich zu machen, denn die Anträge variieren nur geringfügig.

Die Themen und Fragestellungen Jugendstrafvollzug und Mindeststandards im Erwachsenenvollzug sind nicht neu. Bereits im letzten Jahr initiierte meine Fraktion mittels zweier Anträge die Befassung des Landtages, um einheitliche Standards im Strafvollzug zu sichern. Den Klammerbegriff „Mindeststandards“, der nun verächtlich ähnlich von der DVU-Fraktion benutzt wird, haben wir als Linksfraktion eingeführt.

Seinerzeit hatte die DVU-Fraktion vertreten, auf die Einhaltung von Mindeststandards zu pochen, sei unnötig. Nun, rund drei Monate später, behelligt uns die DVU-Fraktion mit ihren Freiübungen zur Entfaltung angeblicher justizpolitischer Kernkompetenz. Natürlich scheut sich die DVU-Fraktion nicht, wie zurzeit im Übrigen auf der rechten Seite häufig zu beobachten, progressive Begrifflichkeit zu okkupieren, um sie unbekümmert mit gegensätzlichen reaktionären Inhalt zu füllen.

In dem Antrag kommt jedenfalls ein derart abweichendes Verständnis von Mindeststandards – die von Verfassung wegen zu beachten sind – zum Ausdruck, dass man einen Vorgeschmack darauf bekommt, welche Zuchthäuser Ihnen im Geiste vorschweben.

Nur so viel: Das Verlangen nach einer grundsätzlich geschlossenen Eingangsphase, zu verstehen im Sinne eines Mindeststandards an Wegschluss- und Repressionsmöglichkeiten, ist eine Zerrung im Bild vom modernen Jugendstrafvollzug. Angereichert wird das alles mit Gemeinplätzen etwa zum Betreuungsverhältnis. Doch es kommt noch toller. Schon vor der Einreichung des Antrages am 15. Januar hat die inzwischen hinlänglich als bekannt vorauszusetzende Gruppe von neun Bundesländern, darunter Brandenburg, einen Entwurf zum Jugendstrafvollzugsgesetz vorgelegt. Hierüber haben wir wirklich oft im Rechtsausschuss gesprochen und heute in der Fragestunde den neuesten Stand von der Ministerin erfahren. Auch wenn der Entwurf kein großer Wurf ist, reicht er dennoch – trotz der vergebenen Möglichkeiten – weit über das hinaus, was uns die DVU darbietet. Trotzdem fabulieren Sie in Ihrer Begründung, dass Brandenburg mit anderen Ländern in Verhandlungen eintreten solle. Sie qualifizieren sich immer selbst. So auch heute.

Sie nehmen die Zeichen der Zeit nicht wahr; geschweige denn erkennen Sie diese. Das braucht uns nicht zu verwundern. Trotz widersetzen Sie sich der Erkenntnis, dass das schnittige Papier aus Ihrer Schreibwerkstatt durch Zeitablauf überflüssig geworden ist. Deshalb, mit der Wucht der Realität gesprochen: Wer brauchte je einen solchen Antrag?

Nun zum Erwachsenenstrafvollzug: Um den Faden aufzugreifen, stelle ich fest, dass die Rechtsausleger der DVU auch die erwachsenen Strafgefangenen nicht verschonen und sich ihnen in einer wahren Fleißarbeit zuwenden. Erstaunlich ist mit Blick auf die rechtliche und tatsächliche Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation der weitgehende Gleichlaut der Anträge zu beiden Tages-

Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag gibt Durchblick



ordnungspunkten. Das mag zwar die Behandlung in gewisser Hinsicht vereinfachen, dokumentiert aber zugleich die „ausgesuchte Sensibilität“ der Antragsteller für dieses Thema. Kurz: Jugendliche können froh sein, noch nicht den weitergehenden präzisen Spezialermächtigungen für Erwachsene à la DVU ausgesetzt zu sein.

Erwachsene Strafgefangene mit Sprachdefiziten können sehen, wo sie bleiben. Finden wir zum Jugendstrafvollzug den oben angeführten antimodernen und inhuman anmutenden Antrag zur grundsätzlich geschlossenen Eingangsphase, formt sich dieser Ansatz im Erwachsenenvollzug zum geschlossenen Vollzug als Regelvollzug aus. Die soziale Integration des Jugendstrafvollzuges findet ihr Abbild im Erwachsenenvollzug nur in einem Nischendasein.

Der Schwerpunkt des Antrages liegt – zugespitzt – auf Repression und der Fabula vom gefährlichen

Täter als Durchschnitt, der geschlossen, möglichst lebenslang in Einzel- oder gar Isolierhaft zu halten sei.

Was die DVU hier liefert, ist die negative Definition des Mindeststandards. Ganz nebenbei trägt sie auch noch tendenziell vorrepublikanischen, wenn nicht sogar vordemokratischen, rechtsgeschichtlichen Ballast mit sich herum. Denn Sie sprechen in einer Weise vom besonderen Rechts- und Gewaltverhältnis, als möchten Sie diese Rechtsfigur, die es gar nicht mehr gibt, als Eingriffsberechtigung weiterhin in petto behalten.

Auch dieser Antrag muss von uns abgelehnt werden, denn wir distanzieren uns nicht von unserem Anliegen, einen menschenwürdigen und effektiv resozialisierenden Strafvollzug im Interesse der Menschen und der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Ich danke Ihnen.

Ohne Sozialstaat gibt es keine Rechtsstaatlichkeit

Wolfgang Neskovic (MdB) Gesprächsgast bei Renate Adolph (MdL) am 16. Januar in Erkner

Täglich wabert Widersprüchliches zum Fall des Guantanamo-Häftlings Murat Kurnaz durch die Medien. Unter Beschuss steht Außenminister Steinmeier. Nahezu unbekannt ist, dass der BND-Untersuchungsausschuss des Bundestages überhaupt und die

Vorwürfe gegen Steinmeier nur auf Druck der Linksfraktion bestehen. Die vielen kontroversen Aussagen zu den Umständen der langjährigen qualvollen Inhaftierungen des jungen Kurnaz, machten erneut deutlich, wie Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland missachtet wird.

Das erläuterte der Obmann der Linksfraktion Wolfgang Neskovic, als er Gast meiner Gesprächsreihe „Offen gesagt“ Mitte Januar in Erkner war. Und gerade Rechtsstaatlichkeit ist das, wofür sich der Vollblutjuristen seit frühester Jugend einsetzt. Davon konnten sich die über 60 Zuhörerinnen und Zuhörer in kurzweiligen nahezu drei Stunden überzeugen.

Neskovic, der als Sohn eines Jugoslawen unter einfachen Verhältnissen in Lübeck auf-

Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag gibt Durchblick



wuchs, hat früh erfahren, was Ungerechtigkeit und Demütigung bedeuten. Das prägte ihn, ließ ihn Jura studieren, als Rechtsanwalt tätig sein, als Vorsitzender Richter am Landgericht Lübeck und schließlich als Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Konsequenterweise tritt er für die Durchsetzung des Grundgesetzes, für das darin verankerte Solidarstaatsprinzip. Dabei kam ihm, wie er sagte, seine Partei abhanden. 1994 verließ er die SPD, der er seit 1979

Die Schwachen brauchen den Staat. Lebensrisiken müssen und können vom Staat abgesichert werden.

angehört hatte und später auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dessen Mitglied er von 1995 bis 2005 war.

Der Einsatz deutscher Soldaten im Ausland, das Einverständnis der Grünen für die Beteiligung am Kosovo-Krieg, der große Lauschangriff, Bevorzugung der Reichen beim Steuer- und Insolvenzrecht – das alles habe nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Neskovic betonte: Die Politik weigert sich, das verfassungsmäßige Recht, das Eigentum verpflichtet, einzufordern. Sein Credo: Die Schwachen brauchen den Staat. Lebensrisiken müssen und können vom Staat abgesichert werden.

Seine linken Positionen haben sich nicht verändert. Er trage sie nach wie vor im Herzen. Und da linke Politik auf der Seite der Schwachen steht, hat er sich von Gregor Gysi im Jahr 2005 für eine Kandidatur als Bundes-

tagsabgeordneter der Linkspartei.PDS überzeugen lassen.

Es müsse umgesteuert werden. Schließlich war die Bundesrepublik Deutschland noch nie so reich wie heute. In seinen packenden Erläuterungen unterstrich der Bundestagsabgeordnete, dass es aber nur der Rechtsstaat

vermag, die gerechte Teilhabe der Menschen am Reichtum der Gesellschaft in verlässlicher Weise dauerhaft zu sichern. Wer das in Deutschland heute so

sage, den nenne man einen Linken. Denn das gesellschaftliche Klima ist auf den Abbau und nicht auf den Aufbau sozialstaatlicher Standards getrimmt. Aber das Grundgesetz selbst verpflichtet die gesamte Staatsgewalt zur Beachtung des hohen Ranges des Sozialstaates.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

In Würde lebt nicht schon, wer in Würde überlebt. In Würde lebt ein Mensch, der neben der Ernährung auch eigene Unterkunft, notwendige Kleidung, Fahrtmöglichkeiten, kulturelle Einflüsse und die Möglichkeit zur Bildung und Selbstverwirklichung erhält. Die Schätze des Grundgesetzes müssen gehoben werden. Neskovic ermahnte: Nur die Linke könne diesen Druck machen. Das zeige auch, wie wichtig die Linke ist.



Renate Adolph
Mitglied des
Landtags
Brandenburg,
Fraktion DIE
LINKE.PDS

Fraktion DIE LINKE.PDS im Landtag gibt Durchblick



Gaskunden müssen sich wehren

Verbraucherschutzexperte bei Renate Adolph, MdL, in Schöneiche zu Gast

Sichtlich erregt und mit viel Wut im Bauch hielten zahlreiche der etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einem Forum zum Thema Gaspreiserhöhungen Anschreiben ihres Versorgers EWE in den Händen.

Wie sollten sie mit dem angekündigten neuen Vertrag des Gasunternehmens umgehen? Das wollten sie vom Experten der Verbraucherzentrale Brandenburg Hartmut G. Müller wissen, den die Landtagsabgeordnete Renate Adolph (Linksfraktion) am 10. Januar in ihren Wahlkreis nach Schöneiche bei Berlin eingeladen hatte.

Der Verbraucherschützer erläuterte, dass EWE hier „neue“ gesetzliche Grundlagen nach Gutsherrenart nutze, um die Kunden in neue Tarife einzustufen zu können.

Da die Gasbezieher aber geltende Verträge abgeschlossen haben, bräuchten sie auf derartige Schreiben gar nicht zu antworten, empfahl Hartmut G. Müller. Wer dennoch reagieren wolle, erhalte in den Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Brandenburgs Musterbriefe und weitere Informationen. Mit diese Musterbriefen können Gaskunden auf die weitere Erfüllung bestehender Verträge pochen.

Außerdem ermunterte der Justiziar der Verbraucherzentrale Gaskunden, denen die ständig steigenden Preise zu hoch erscheinen dazu, ihren bisherigen Betrag zu bezahlen und gleichzeitig Widerspruch bei ihrem Gasversorger gegen die Preissteigerung einzulegen.

Bisher sei kein Widerspruchsverfahren gegen Verbraucher entschieden worden, weil dann die Gasanbieter ihre Preisbildung umfassend offen legen müssten, unterstrich der Experte.

Immerhin gibt es bei den Gasversorgern in Brandenburg Preisdifferenzen von bis 30 Prozent bei gleichen Lieferbedingungen. Der bloße Verweis auf Preiserhöhungen auf dem Energie-Weltmarkt reiche also nicht aus. Auch gibt es für die oft von den Gasanbietern verwendete Begründung einer Koppelung vom Gas- am Ölpreis keine gesetzliche Grundlage.

Renate Adolph verwies darauf, dass sich die Gewinne aller Energieversorger in den zurückliegenden Jahren enorm erhöht haben. Ihre Fraktion im Potsdamer Landtag hat wiederholt mehr Transparenz in der Preisgestaltung bei Gas und Strom eingefordert. Wer höhere Preise verlangt, muss diese auch nachvollziehbar begründen können.

Auf die Frage, wie Müller die Entscheidung werte, dass Privatkunden ihren Gaslieferanten wechseln können, warnte der Verbraucherschützer vor zu großem Optimismus für mehr Wettbewerb und damit sinkenden Preisen. Die Strukturen sind immer noch viel zu fest gefügt. Schließlich haben die Konzerne über Jahrzehnte den Markt fast monopolartig abgeschottet.

*Helga Hummel
Wahlkreismitarbeiterin*



Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur künftigen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock

Bombodrom als Luftkriegsübungsplatz, Waffen- und Munitionsschrotthalde?



Die Kyritz-Ruppiner Heide soll der Bundesregierung künftig auch als Müllhalde für Waffen und Munition dienen. Dies offenbart die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur künftigen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock. In der Antwort erklärt das Verteidigungsministerium, dass das Bombodrom als Standort für so genannte „Verfahren für den kontrollierten Rettungsausstieg“ für Kampfflugzeuge der Militärflugplätze Laage und Trollehagen dienen soll. Dies bedeutet, dass die Kyritz-Ruppiner Heide im Falle eines drohenden Absturzes dieser Kampfjets als Notabwurfplatz für Außenlasten und Waffen verwendet werden kann.

Die Antwort stellt klar, dass Verteidigungsminister Jung nicht nur – entgegen der demokratischen Mehrheit in der Region – weiter an der militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide festhält. Er will das vorliegende Nutzungskonzept entsprechend den politischen Vorgaben zum so genannten Anti-Terrorkampf fortschreiben. Deswegen sind auf dem Bombodrom künftig nicht nur

Luft-Boden-Schießübungen geplant, sondern auch Übungsszenarien mit simulierten Bedrohungen aus der Luft bzw. vom Boden. Im Klartext: Er will Luftkrieg über der Heide üben lassen.

Was das bedeutet, wird auch in der Antwort gesagt: Es geht der CDU/CSU-SPD-Regierung um „Einsätze zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ als die „auf absehbare Zeit ... wahrscheinlicheren Aufgaben“. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes, der den Verteidigungsfall nur dann als gegeben sieht, wenn „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht“.

Die tatsächlichen Belastungen für die Region durch das Bombodrom übertreffen damit das bisher bekannte Ausmaß. Damit vernichtet die Bundesregierung die Zukunftspotentiale dieser Region, die im Tourismus, in der Landwirtschaft und im Natur- und Umweltschutz liegen. Minister Jung ignoriert weiterhin das „NEIN“ der übergroßen Mehrheit der Menschen der Region, dreier Landesregierungen und Landesparlamente sowie hunderter Kommunalpolitikerinnen und -politiker.

Ich fordere die Bundesregierung erneut auf, sich von der militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide zu verabschieden. Verteidigungsminister Jung soll sich endlich wie ein Demokrat verhalten und den Willen der Mehrheit der Menschen und der Politik in der Region akzeptieren: Kein Bombodrom! Nirgends.

*Kirsten Tackmann, MdB, Mitglied des
Vorstands Fraktion DIE LINKE., Sprecherin
der Landesgruppe Brandenburg, 12. 1. 07*

8. Bundesdelegiertenkonferenz des Jugendverbandes [solid] die sozialistische Jugend tagte

Für einen starken, linken Jugendverband

Die Delegierten des bundesweiten Jugendverbandes [solid] haben sich am 28. Januar dafür ausgesprochen, gemeinsam mit anderen regionalen Jugendstrukturen von Linkspartei.PDS und WASG den Jugendverband der zukünftigen Partei DIE LINKE.



zu wollen. Ich begrüße die politische Entscheidung der Delegiertenkonferenz ausdrücklich.

Linke Jugendverbände gibt es, weil Jugendliche im Kapitalismus vor besonderen Schwierigkeiten und Herausforderungen stehen. Die ungleichen Bildungschancen, der Mangel an Lehrstellen, die Ausbeutung in Praktikumsverhältnissen und die Verschlechterung der Zukunftsperspektiven machen einen starken, linken und sozialistischen Jugendverband in Deutschland notwendig.

Die politische Neuformierung des Jugendverbandes im Sinne einer Neuarbeitung von Satzung und Programm macht die Gründung eines gemeinsamen Jugendverbandes der

gesamtdeutschen linken Partei möglich. DIE LINKE wird durch die Entwicklung im Jugendbereich sehr viel mehr sein, als ein Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG.

In den nächsten Wochen werden auf Mitgliederversammlungen der Jugendstrukturen in allen sechzehn Bundesländern insgesamt 250 Delegierte gewählt. Eine bundesweite Delegiertenkonferenz wird im Mai 2007 den gemeinsamen Verband aus der Taufe heben. Träger dieses Prozesses sind der Bundesverband [solid] und seine Landesverbände, die Junge Linke. PDS Sachsen, Berlin-Brandenburg und Saarland, die WASGeht Landesjugendverbände in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz und der aus linken Hochschulgruppen hervorgehende neue Hochschulverband.

Der gemeinsame Jugendverband wird ein unabhängiger Verein mit eigenständiger Mitgliedschaft, eigener Satzung und eigenem Programm sein. Er steht damit in der Tradition von [solid], nimmt dessen Rechtsperson an und bewahrt sich unabhängiges Handeln und eigene Politik. Der gemeinsame Verband wird der Jugendverband der Partei DIE LINKE. sein, der sich auf die im Satzungsentwurf der Partei verankerte Mitwirkung des Jugendverbands berufen kann. Er steht damit in der Tradition von Junger Linker.PDS und WASGeht Landesverbänden.

Ich bin mir sicher, dass der eingeschlagene Weg zu einer gegenseitigen Anerkennung und damit Stärkung von Partei und Jugendverband im Juni 2007 führen wird.

Sascha Wagener
jugendpolitischer Sprecher im Parteivorstand der Linkspartei.PDS

35 Jahre Berufsverbote sind genug: Kalten Krieg in den Köpfen endlich beenden!

Vor 35 Jahren, am 28. Januar 1972, wurde der Ministerpräsidentenbeschluss zu „Radikalen im öffentlichen Dienst“ verabschiedet. Immer noch kommt es zu skandalösen Berufsverboten, so im Fall des Heidelberger Lehrers Michael Czakozsy, dessen Einstellung auf Betreiben der seinerzeitigen baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan (CDU) wegen seiner Betätigung im „Antifaschistischen Bündnis Heidelberg“ abgelehnt wurde.

Horst Bethge erinnert: „Politiker wie Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Heidi Wierczorek-Zeul, Olaf Scholz, Hertha Däubler-Gmelin, Jürgen Trittin, Siegmund Gabriel und Klaus-Uwe Benneter sind vor Jahren selbst im Komitee „Weg mit den Berufsverboten“, auf Pressekonferenzen oder als Anwälte aktiv gegen die Berufsverbotspolitik aufgetreten. Wir fordern sie jetzt auf, dazu endlich eine politische Initiative zu ergreifen.“

Prof. Dr. Norman Paech und Horst Bethge regen an, nach dem Muster Norwegens und Schwedens eine neutrale deutsche „Wahr-

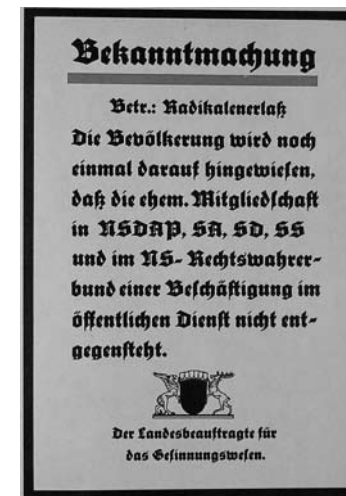
heitskommission“ zu gründen, die die Rehabilitation der betroffenen Opfer des Kalten Krieges betreibt. In diesen skandinavischen Ländern ist dadurch nach dem Aufliegen der Bespitzelungsskandale aus der Zeit des Kalten Krieges eine Aufarbeitung erfolgt.

Norman Paech: „Der Kalte Krieg muss endlich in den Köpfen beendet werden – nunmehr 18 Jahre nach dessen politischem Ende. Es gilt, jetzt die Einsicht der SPD-Fraktion von 1990 umzusetzen, noch offene Fragen des Kalten Krieges zu beseitigen und die mit diesem verbundenen Straf- und Disziplinarverfahren zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen. Es genügt nicht, nur die regelhafte Anwendung der Berufsverbotsverfahren auszusetzen, sie aber von Fall zu Fall wieder hervorzuholen. Die mit den Berufsverboten eingeführte Gesetzesinterpretation, nicht das legale Verhalten im Rahmen der Gesetze zum Kriterium für Einstellungen zu machen, sondern das richtige oder falsche Verhalten im Rahmen zugelassener Freiheit, muss endlich wieder umgedreht werden.“

1995 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die Politik der Berufsverbote als einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtscharta gewertet. Vom Berufsverbot Betroffene, die bis zu 22 Jahre um ihre Einstellung kämpfen und bis zu 770 000 DM finanzielle Einbußen erleiden mussten, haben deshalb Anspruch auf Rehabilitation.

Norman Paech, MdB, DIE LINKE., parteilos und Horst Bethge, Sprecher der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, 28. 1. 2007

SOCIALIST
www.sozialisten.de



Plakate: Klaus Staeck, 1975 und GEW-Aufruf, 2007



Quelle: www.gegen-berufsverbote.de

Kritisch und alternativ

Die deutsche Präsidentschaft und die Linkspartei

I. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Seit dem 1. Januar übt die Bundesrepublik Deutschland bis zum 30. Juni dieses Jahres die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union aus. Die letzte deutsche EU-Ratspräsidentschaft fand im ersten Halbjahr 1999 statt. Sie war insbesondere gekennzeichnet durch den Kosovokrieg und das zähe Feilschen um die Agenda 2000 (Rahmenverordnungen 2000–2006 für die Strukturfonds, finanzielle Vorausschau und Landwirtschaft). Aufgrund der Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedsstaaten wird die Ratspräsidentschaft 2007 die letzte für Deutschland in den nächsten 13 Jahren sein.

Sicher auch diesen Fakt berücksichtigend, vor allem aber weil EU-Ratspräsidentschaften sehr gut der Profilierung der jeweiligen Regierenden dienen und zugleich von innenpolitischen Problemen ablenken, hat sich auch die Regierung Merkel viel vorgenommen. Dabei aber gibt es für die deutsche Regierung, die ja hier „europäisch unparteiisch“ auftreten soll, eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen zu bedenken, die für die deutsche Ratspräsidentschaft nicht nur günstig sind, sondern zugleich die politische Aufgabenstellung erschweren:

Außenpolitisch sind es vor allem die krisenhaften Prozesse im Nahen und Mittleren Osten, einschließlich der Auswirkungen des „Krieges gegen den Terror“ mit seinen Schauplätzen Afghanistan und Irak, handelspolitisch die Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO, die vor dem Scheitern steht, sowie europapolitisch vor allem die ungelöste EU-Verfassungskrise sowie die EU-Erweiterungsperspektive: die Verhandlungen zum Beitritt der Türkei sowie der Umgang mit den Balkanstaaten des ehemaligen Jugoslawien. Schritte zur Lösung dieser Probleme durch einheitliches Handeln der



EU werden zusätzlich erschwert durch die in Frankreich anstehenden Wahlen und den vorgesehenen Wechsel des Premierministers in Großbritannien sowie durch das ungelöste Zypernproblem.

Darüber hinaus übernimmt Deutschland für das gesamte Jahr 2007 auch die G8-Präsidentschaft.

Auf der Positivseite stehen die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU und die Sloweniens in die Eurozone, das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle, das die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen soll, dass die EU im Kern ein Sozialmodell ist und – im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge – den Grundrichtungen der damals vereinbarten Integrationsziele verpflichtet bleibt.

Die Durchsetzung von Entscheidungen wird sicher dadurch erleichtert, dass auch im Europäischen Parlament faktisch eine Große Koalition das Sagen hat und in der dritten Januarwoche wahrscheinlich der CDU-Politiker Pöttering neuer Präsident des Europäischen Parlament wird.

II. Was die Linkspartei.PDS von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erwartet und fordert

Die Bundesregierung muss in ihrer Ratspräsidentschaft vor allem dahin gehend Akzente setzen, die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Mitgliedsstaaten zu verstärken. Nur so wird der wachsenden Abkehr der Menschen von Europa

– gespeist aus den Enttäuschungen und Erfahrungen neoliberaler Alltagspolitik – durch eine andere Politik entgegengewirkt werden können. Sie muss bei den vielen Forderungen und unterschiedlichsten Erwartungen, die an sie gestellt werden, ihrer politischen Verantwortung gerecht werden.

■ ■ Wir erwarten, dass die Bundesregierung bezüglich der EU-Verfassung akzeptiert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und den Niederlanden die ihnen per Referendum vorgelegte Verfassung abgelehnt haben. Daraus abgeleitet muss sie dafür Sorge tragen, dass ein neuer vertraglicher Ansatz für die Verfassung so erarbeitet wird, dass er den Wünschen der Menschen in der EU nach einer friedlichen, sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und demokratischen Union entspricht. Wir meinen, die Bürgerinnen und Bürger wollen, sollen und müssen sowohl die Verfassung als auch die grundlegende Entwicklung in der Europäischen Union mitgestalten und mitentscheiden.

■ ■ Die neoliberale Grundausrichtung von Binnenmarkt und Lissabonstrategie muss aufgegeben und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Dazu gehören existenzsichernde, sinnvolle Arbeitsplätze, EU-weite soziale Mindeststandards einschließlich gesetzlicher Mindestlöhne, armutsfeste Sozialsysteme, kostenlose Bildung, Ausbildung und Erststudium für alle, ein würdevolles Leben im Alter.

■ ■ Eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist notwendig, nicht aber die Privatisierung der Energiemärkte. Es muss den kommunalen, regionalen und nationalen Entscheidungen überlassen bleiben, welche Eigentumsformen gewählt werden, um ihrem Auftrag, den Bürgerinnen und Bürgern allzeit und überall sichere und bezahlbare Energie bereitzustellen, nachzukommen. Notwendig sind dazu insbesondere die Entwicklung zu mehr Energieeffizienz, die Konzentration auf den Ausbau erneuerbarer Energien, der Verzicht auf Atomenergie, der Erhalt und die Verbesserung der Umwelt, das heißt eine in jeder Hinsicht sichere Energieversorgung.

■ ■ Die Interessen der Menschen in der EU werden nicht am Hindukusch vertreten. Nationale, europäische und internationale Sicherheit hängen in erster Linie davon ab, allen Menschen auf dieser Welt eine Lebensperspektive zu geben. Dazu werden nicht immer mehr Waffen benötigt, sondern immer weniger – dafür aber mehr Entwicklungshilfe, eine faire Handelspolitik, die die Märkte für die Entwicklungsländer öffnet, und eine Energieaußenpolitik, die auf jegliche militärische und kolonialistische Komponente verzichtet. Die Bundesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen, auf weitere Militarisierung der Bundesrepublik und der EU verzichten, Rüstungsexporte einschränken, Abrüstung einleiten und ihren eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsstaaten gerecht werden.

III. Was hat die Linkspartei.PDS während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor?

Ziel und Aufgabe der Linkspartei.PDS und der neuen Linken ist es, der Propaganda von der „beispiellosen Erfolgsgeschichte“ des neoliberalen EU-Modells und dem daraus abgeleiteten „Weiter so“ durch die deutsche Ratspräsidentschaft unsere Einschätzung der bisherigen Entwicklung der EU und unsere Alternativen für eine demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige, friedliche und emanzipatorische Europäische Union entgegenzusetzen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist für uns Anlass, in dieser Zeit verstärkt europapolitische Probleme in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit zu stellen und unsere alternativen Vorstellungen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Unsere alternativen Schwerpunkte werden sein:

- Europa und Arbeit
- Europa und Frieden
- Europa und Demokratie

Unter diesen Schwerpunkten werden wir uns mit den neoliberalen Grundausrichtungen

der EU-Politik, insbesondere der Lissabonstrategie, der „Vollendung“ des Binnenmarktes durch weitere Privatisierung und Liberalisierung, der weiteren Beschneidung der Bürger- und Freiheitsrechte sowie der Militarisierung der EU, vor allem den militärischen Auslandseinsätzen, und den Vorstellungen, Energiesicherheit mit militärischen Mitteln herzustellen, auseinander setzen.

Demokratisierung des europäischen Integrationsprozesses und striktes Einräumen von mehr Mitwirkung und Mitentscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger wird nicht nur eingefordert, sondern ist für uns unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen eines neuen, die Menschen ernst nehmenden politischen Ansatzes für die künftige EU. Damit weist die deutsche als Auftakt der ersten 18-monatigen EU-Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien bereits eindeutig in Richtung Europawahlen 2009: Menschen müssen wählen gehen, weil sie Europa mitgestalten wollen. Sie sollen nicht zu Hause bleiben, weil alles so fern und kompliziert erscheint. Warteschlangen vor den Wahlurnen als Zeichen europäischer Mündigkeit wären doch mal was. Überlassen wir das europäische Projekt nicht länger nur den Regierenden! Nehmen wir es auch in unsere Hände! Dazu gibt es bereits in den kommenden sechs Monaten viele Gelegenheiten.

Wir werden die vielen Veranstaltungen in Deutschland während der EU-Präsidentschaft nutzen, um als Linkspartei unserer Forderung nach einem Kurswechsel in der Europapolitik Nachdruck zu verleihen. Dabei konzentrieren wir uns besonders auf die 14 in Deutschland stattfindenden Informellen Räte und die dazu am gleichen Ort veranstalteten Bürgerfeste.

*Dr. Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes und Leiter des Bereichs Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle,
Dr. Sylvia Anders, Mitarbeiterin im Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle*

aus „DISPUT“, Januar 2007

Montagsdemonstrationen

*Ein Gespenst geht um
es schlingt sich um die Weltzeituhr
die politische Obrigkeit lamentiert
auch 1989 gab es plötzlich Leichtmatrosen
das Volk will immer weniger
aber noch können die Strippenzieher
angespannte Stille
beim Protestmarsch auf die Trutzburg
die SPD erlebte schon bessere Zeiten*

*Überall im Osten flammt es
hunderte Städte und Orte
die Tagesschau lügt über bloß tausend
vom Fernsehturm ziehen Massen
gibt es eine Zensurbehörde
für die Freigabe von Nullen?
die Eliten bekommen
es mit der Angst ...
strobige Clementinen im Angebot*

*Im Westen labmt der Bürgersinn
sonst hätte das rot-grüne Dilemma
gleich die Hüte nehmen müssen
einige dummdreiste Anzeigen
auch wir sind Volk
und was für ein Volk!
Harz IV treibt den Keil
Armut soll wieder Markenzeichen
die Berliner Republik
öffnet die alten Rumpelkammern*

*Christian Ströbele schiebt seinen Drahtesel
den Demoverkehr überblickt Peter Grottian
andere Strategen können sich
nicht auf einen Zug einigen
Woche um Woche
die Polizei wird rüder
brav verschützen sie das BDI-Gebäude
kein böses Wort
darf hinüberschwappen
zu den Wirtschaftslenkern
Montag bleibt jede Woche einmal
er wird nicht abgeschafft!*

Marko Ferst, 11/2006

Der Linken ein eigenes Radio – Eine starke Stimme für eine andere Welt

Eine andere Welt braucht eine andere Medienkultur und andere Medien. Ein solches anderes Medium mit einer anderen Kultur will „podcast-radio rosa luxemburg“ sein, das es seit Oktober letzten Jahres gibt.

Podcasts sind Folgen von kleinen Audiodateien im MP3-Format, die man via Internet kostenlos abonnieren kann. Dieser Podcast wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung betrieben und berichtet naturgemäß vor allem, aber keineswegs ausschließlich von deren Veranstaltungen. Man kann interessante Ausschnitte aus Vorträgen, Interviews, Buchlesungen und -rezensionen, Kommentare zum Zeitgeschehen und vieles mehr hören. Zum Jahreswechsel gab es sogar Kabarett. „podcast-radio rosa luxemburg“ bietet ein bis zweimal in der Woche Fakten und Meinungen, Regionales und Internationales, Theoretisches und Praktisches. In der Konsequenz entsteht ein Aufklärungs- und Bildungsradio, das ein breites Spektrum derjenigen bedient, die über eine andere Welt nachdenken: Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften.

Die Sache funktioniert dabei denkbar einfach. Man kann die Sendungen, die in der Podcast-Szene Episoden heißen, auf www.bbg-rls.de direkt hören oder sich die entsprechenden Dateien herunterladen und dann auf seinem Computer oder MP3-Player hören. Man kann den Podcast aber auch gleich abonnieren, dann kommen die jeweils neuen Episoden fast von allein auf den eigenen Computer. Oder man lässt sich informieren, wann etwas Neues da ist. Auf der genann-



ten Webseite wird erklärt, wie man das alles macht.

Anders als beim klassischen Radio kann man die Episoden hören, wann man selbst will, und verpasst folglich keine Episode. Man kann sie außerdem leicht an Freunde weitergeben. Alles was man braucht, ist ein Computer mit Lautsprecher und einen DSL-Internetzugang

oder jemanden, der darüber verfügt und einem die Sendungen gelegentlich auf einen MP3-Player spielt.

Reinhören lobnt sich – allezeit und allerorts!

Andreas Trunschke

Aus dem Programmangebot

Christiansen? Nur gegen eine vierstellige Summe!

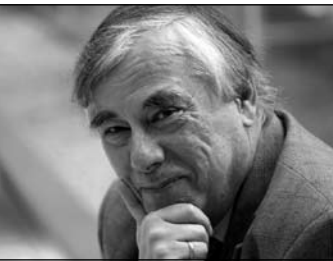
Nicht wenige schauen Sonntag für Sonntag „Christiansen“. Auch Walter van Rossum hat sich „Christiansen“ angesehen – und sich immer wieder geärgert. Das machen viele, aber Walter van Rossum hat drüber gleich ein ganzes Buch geschrieben, das zum Bestseller wurde: Meine Sonntage mit Sabine Christiansen. Wie das Palaver uns regiert. In dieser Sendung kann man ihn im Interview erleben. Es geht insbesondere um Christiansen und den Krieg im Irak. Außerdem wird daran erinnert, wie Angela Merkel ein Staatsgeheimnis verraten hat.

Verführungen für Sozialisten

Prof. Michael Brie warnt vor drei Verführungen, denen Sozialisten immer wieder ausgesetzt sind.

Rentenproteste sind gelebte Demokratie!

Rede des MdB Werner Dreibus am 1.2.2007 im Deutschen Bundestag während der von DER LINKEN beantragten Aktuellen Stunde zu den betrieblichen Protesten gegen die Rente mit 67



Werner Dreibus
59 Jahre
WASG-Gründungsmitglied,
MdB, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Ich würde zunächst gern ein paar Bemerkungen zum eigentlichen Gegenstand dieser Debatte machen. Wir wollten nämlich nicht – heute jedenfalls nicht – über das Für und Wider – wir sind für das Wider – der Rente mit 67 debattieren, vielmehr wollen wir das, was in den letzten Tagen in unserem Land passiert ist, zum Gegenstand der Beratung im Bundestag machen, weil es dort hingehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Thema beschäftigt offensichtlich viele Menschen. Möglicherweise bewegt es sie mehr als den einen oder anderen meiner Vorrednerinnen und Vorredner. Bis gestern Abend haben allein in der Metallindustrie mehr als 250 000 Menschen zeitweise – bis zu zwei, drei Stunden – die Arbeit niedergelegt.

(Beifall bei der LINKEN – Paul Lebrieder (CDU/CSU): Das sind nur 0,3 Prozent der Bevölkerung!)

Das war eine nicht einfache Entscheidung für jeden einzelnen dieser mehr als 250 000 Menschen. Diese Menschen haben es sich nicht so einfach gemacht wie viele von Ihnen hier. Sie haben sich sehr gut überlegt, ob sie es für sich verantworten können, die Arbeit niederzulegen, um sich gegen das, was von Ihnen geplant wurde und durchgezogen werden soll, zu wehren, indem sie demonstrieren und protestieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Menschen haben eine sehr sorgfältige und gewissenhafte Entscheidung getroffen. Mehr als 250 000 Menschen haben diese Entscheidung für sich getroffen. Ich würde Ihnen daher dringend empfehlen, sich ernsthafter und sorgfältiger mit diesen Ereignissen zu beschäftigen, als Sie es bis jetzt mit Ihren Zwischenrufen tun.

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Auch wenn ich sorgfältig überlegt habe, jemanden zu erschlagen, bleibt die Tat illegal!)

250 000 und mehr machen von ihren demokratischen Rechten Gebrauch. 250 000 Menschen zeigen Engagement für Sozialstaat und Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN – Paul Lebrieder (CDU/CSU): 0,3 Prozent der Bevölkerung!)

250 000 Menschen sind ein lebendiger Gegenbeweis gegen Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der LINKEN – Paul Lebrieder (CDU/CSU): 0,3 Prozent!)

250 000 Menschen zeigen in lobenswerter Weise ein bürgerschaftliches Engagement – damit will ich einen anderen Begriff einführen – durch ihre Aktivitäten.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU): Von Gewerkschaftsagitatoren aufgehetzt!)

– Ja, so einfach ist Ihre Welt; sie ist nicht schwarz-weiß, sie ist nur schwarz.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese 250 000 und mehr hätten es, und zwar unabhängig von unseren sachlichen politischen Meinungsverschiedenheiten und dem Gegenstand ihrer Proteste, zumindest verdient, dass wir ihnen für dieses Engagement – sie haben sich nicht hinter den Fernseher zurückgezogen, sondern öffentlich, während der Arbeitszeit Gesicht gezeigt

(Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU): Das ist wirklich beeindruckend!)

und sich engagiert – hier in diesem Haus unseren Respekt zollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen wurde Hohn und Schmutz über sie ausgeschüttet, zumindest haben das einige von Ihnen gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will einiges anführen: bedauerlich, unseriös, borniert, blödsinnig, unsinnig, klarer Rechtsbruch, Geiselnahme, sollten sich schämen, perfide, widerrechtlich, versündigen sich am Volk usw.

(Maria Michalk (CDU/CSU): Nehmen Sie die Hand aus der Tasche!)

Das waren einige Stichworte. Herr Brauksiepe, lesen Sie sich Ihre Rede im Protokoll noch einmal durch! Ich finde Ihre Wortwahl in keiner Weise dem angemessen, was die Menschen mit ihrem Engagement zeigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das war schlicht und ergreifend unanständig.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU): Was Sie machen, ist unanständig! – Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU): Wir sind hier nicht auf dem IG-Metall-Bezirkstag! – Zuruf von der FDP: Volle Streikkasse!)

– Sie wissen doch, dass das, was Sie sagen, Unsinn ist. Was schreien Sie da? Keiner der Menschen, die gestern und vorgestern ihre Arbeit niedergelegt haben, bekommt dafür einen Cent. Die Menschen opfern sogar Geld, um politische Signale zu setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und was machen Sie hier?

Diese 250 000 Menschen – es werden in den nächsten Tagen noch viel mehr werden – nehmen ihr demokratisches Recht in Anspruch, und zwar überall, im Norden, im Süden, im Osten und im Westen.

(Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU): Das ist Ihr Wunschgedanke! Deswegen reden Sie so!)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen. Am 26. Januar 2007 fand in Leipzig auf dem Betriebsgelände von BMW eine Demonstration von Mitarbeitern der dort angesiedelten Unternehmen statt. Sie haben dort während der Arbeitszeit öffentlich demonstriert. Dass das in Leipzig und bei BMW nicht ganz einfach ist, weiß, wer sich in der Region

ein bisschen auskennt. Diese Menschen wissen sehr genau, was sie tun. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die Entscheidung, zu demonstrieren, eine sehr gewissenhafte Entscheidung ist.

Die Demonstranten haben eine Resolution verabschiedet und unsere Abgeordnete Barbara Höll gebeten, diese Resolution der Bundesregierung zu überreichen. Stellvertretend für diese 250 000 Menschen und die vielen anderen werde ich diese Resolution jetzt dem Herrn Staatssekretär überreichen.

Ich bitte Sie alle, weniger in Sonntagsreden über Demokratieverdrossenheit zu reden, sondern sich ein bisschen mehr und ernster mit dem bürgerschaftlichen Engagement der Menschen zu beschäftigen, die in diesen Tagen gegen Ihre falsche Politik demonstrieren. Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Abg. Werner Dreibus (DIE LINKE) übergibt dem Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnies ein Schriftstück)



IG-Metall-Chef Jürgen Peters schrieb am 26. Januar dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck

Lieber Peter,

in Deinem Schreiben vom 22. Januar wirfst Du der IG Metall vor, daß sie in der aktuellen Auseinandersetzung um die Rentenpolitik der Bundesregierung unsachlich sei und sich einer ernsthaften Diskussion entziehe. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.

Die IG-Metall-Verwaltungsstellen haben in den vergangenen Monaten bundesweit Bundestagsabgeordnete zu Diskussionsveranstaltungen, und Betriebsbesuchen zum Thema „Rente mit 67“ eingeladen. Die Abgeordneten sollten die Möglichkeit erhalten, „ihren“ Wählerinnen und Wählern vor Ort die Rentenpolitik der Bundesregierung zu erklären und mit ihnen darüber diskutieren. Wir wollten unseren Standpunkt darstellen. Die Zahl der SPD-Bundestagsabgeordneten, die das Angebot angenommen haben, hätte hö-



her sein können. Ein weiteres Beispiel dafür, daß die SPD-Bundestagsfraktion eine Einladung zur sachlichen Diskussion nicht angenommen hat, war die „alternative Anhörung“ zur „Rente mit 67“ und Altersteilzeit des IG-Metall-Bezirks Niedersachsen/Sachsen-Anhalt am 24. Januar 2007 in Hannover. Auch hier sah sich die SPD-Bundestagsfraktion nicht in der Lage, einen Vertreter zu benennen, der sich der Debatte stellt.

Überdies bezweifle ich, daß die Weitergabe Deines Briefes an die Medien ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte ist. Du wirst verstehen, daß meine Antwort auf Deinen Brief nun ebenfalls der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muß.

Zur Plakataktion selbst: Der Vorwurf, daß 500 Zeichen nicht ausreichen, um die „Rente

mit 67“ zu erklären, ist nicht überzeugend. Es gehört zur alltäglichen Übung von Politikerinnen und Politikern in kurzen, prägnanten Stellungnahmen einen Sachverhalt darzustellen und erklären zu können. Auch SPD-Politiker zeigen ein großes Interesse daran, wenn es darum geht, daß sie mit einem Zehn-Sekunden-Statement im Fernsehen oder mit zwei Zitaten in der Zeitung erscheinen. Bedenken und Empörung darüber, daß eine ausgiebige Darstellung komplexer Sachverhalte über diesen Weg nicht möglich ist, habe ich noch nicht gehört.

Daß man durchaus kompetent und kurz zum Thema „Rente mit 67“ Stellung beziehen kann, belegen die kurzen, differenzierten Rückmeldungen einiger SPD-Abgeordneter zu unserer Plakataktion.

Ich bin mir im übrigen sicher, daß, wenn die Plakate ein Thema behandeln würden, wo sich IG Metall und SPD einig wären, die Abgeordneten der Fraktion die Plakate mit

heimlicher Genugtuung als willkommene Wahlkampfhilfe empfunden hätten.

Lieber Peter, die IG Metall hält an ihrer Kritik zur „Rente mit 67“ fest. Nicht weil einige Funktionäre das so wollen, sondern weil es in den Betrieben massiven Unmut, Unverständnis, ja sogar Wut gibt. Als Gewerkschaft vertreten wir die Interessen der Beschäftigten. (...)

Lieber Peter, die Argumente in Deinem Brief für die „Rente mit 67“ sind nicht überzeugend. Die Grundannahmen sind nicht richtig. Das alles läßt mich zu dem Schluß kommen, daß es vielleicht die Argumentationsdefizite der SPD sind, die dazu führen, das Handeln der IG Metall in der Form als unsachlich darzustellen. Wer in der Sache nicht überzeugt, muß die Form der Auseinandersetzung kritisieren. Es ist bedauerlich, daß Du diesen Weg gewählt hast. (...)

aus „junge Welt“, 29. 1. 2007



Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen! Diese Volksweisheit bestätigt sich durch den heutigen Urteilspruch einmal mehr. Während jeder Hartz-IV-Bezieher bei kleinsten Versäumnissen mit drakonischen finanziellen Einbußen rechnen muss, kann Peter Hartz seine Strafe locker aus der Portokasse bezahlen.

Hartz-IV-Bezieher müssen es hinnehmen, dass Sozialdetektive unter der Bettdecke und in der Haushaltskasse schnüffeln, um Sozialleistungen zu kürzen. Kleine Vergehen haben für Betroffene meist katastrophale Folgen, die bis an die Existenz reichen können. Ich erinnere nur an Rüdiger S., der für eine warme Wohnung in den Hungerstreik getreten ist und dem man jetzt die Leistungen um 30 Prozent gekürzt hat, weil er den 1-€-Job als Webdesigner in einem kommunalen Kurbetrieb aus Gewissensgründen abgelehnt hat. Er verweigert sich der Lohndrückerei.

Es ist eine Demütigung für alle Hartz-IV-Betroffenen, dass sie erfahren müssen, dass Korruption und Untreue im großen Stil nur kleine Folgen haben.

Peter Hartz ist finanziell in der Lage, alle Möglichkeiten des Rechtsstaates zu nutzen. Das ist ihm nicht vorzuwerfen. Verwerflich ist aber, dass Hartz-IV-Bezieher dies oft nicht können. Der Bundesrat plant sogar, die Kostenfreiheit beim Sozialgericht abzuschaffen, um der Flut der Gerichtsverfahren entgegen zu wirken. Damit wird es für Arbeitslose und sozial Benachteiligte noch schwerer, zu ihrem Recht zu kommen.

Der Name Hartz steht ab heute nicht mehr nur für Armut per Gesetz sondern auch für die Doppelmoral dieser Gesellschaft.

Katja Kipping, MdB, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS, 25. 1. 2007

Peter-Hartz-Urteil: Demütigung für alle Hartz-Betroffenen

Zwischen Kyrill und Geschonneck ...

Seit Tagen ist die Rede von Kyrill ... Man fragt nicht, wie geht es dir, sondern hast du Kyrill gut überstanden, hast du keinen Dachschaden? Ich denke bei Kyrill zunächst an Kyrill und Methodius, die Slawenapostel und ihr kyrillisches Alphabet.

Kyrill, eigentlich Konstantin, war der jüngste von sieben Brüdern. Im Alter von sieben Jahren soll er einen Traum gehabt haben, in dem der städtische Stratege vor ihm sämtliche Frauen der Stadt versammelte und ihn ersuchte, eine auszuwählen. Konstantin wählte Sofia, die Weisheit, was seine Begeisterung fürs Wissen erklären soll. Im Alter nahm er den Namen Kyrill an.

In den slawischen Ländern gilt Kyrill seitdem als der Lehrer. Nehmen wir doch einmal die Meteorologen, die dem Orkan den Namen Kyrill gegeben haben, beim Wort: Was lehrt er uns denn?

Dass wir so nicht weitermachen können. Dass Umsteuern angesagt ist, dass die Erde unser Verhalten, unsere Lebensweise nicht mehr hinnimmt?

Ich brauche die Stichworte Treibhauseffekt, Ressourcenverbrauch, CO²-Ausstoß nicht zu nennen, wir kennen sie alle. Heißt das nun nur Einschränkung, Reduzierung, Maßhalten. Heißt das nicht auch Ausschau nach neuen Wegen? Gleichzeitig erleben wir, wie viele Menschen gerade aus Brandenburg, auch aus Oder-Spree, aus Ostbrandenburg weggehen, weil sie hier keine Lebensperspektiven mehr sehen. Ist nicht das Nachdenken über eine veränderte Lebensweise auch eine Chance für neue Lebensgrundlagen? Ist unser Landstrich nicht eine gute Gegend für die künftigen Energieressourcen? Sei es Raps, Mais, Wind ja wohl auch Sonne? Ist es nicht sinnvoll, mal alles zu durchforsten, was sich konkret für uns als Kommunalpolitiker, aber auch jeden Einzelnen von uns, an alternativen Möglichkeiten bietet?

Und gleichzeitig ist es wohl die Verantwortung von Linken – unabhängig wie, ob und

wo sie organisiert sind – darüber nachzudenken, dass eine ökologisch vertretbare Lebensweise nicht eine Nische für diejenigen bleibt, die sie sich leisten können.

Pierre Bourdieu, der große französische Kultursoziologe, dokumentiert in einer seiner kleineren Arbeiten, wie die Lebensweise von den Einkommensverhältnissen abhängig ist – wer wenig hat, kauft Lebensmittel zum Sattwerden und meist von minderer Qualität. Bio-Produkte, noch dazu die mit dem Qualitätssiegel können sich viele nicht leisten. Muss nicht das ökologische Umsteuern verbunden sein mit einem sozialen Umsteuern? Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen und zu behaupten, die Alten lebten auf Kosten der Zukunft der Jungen, eine Lebensweise zu entwickeln, in der die gestiegene und ständig steigende Produktivität auch in steigende Lebensqualität fließt für alle, statt in die Dividende der Großaktionäre und in die Taschen der so genannten Spitzenmanager.

Wer in Deutschland behauptet, die Sozial- und Krankenkassen seien nicht mehr zu füllen, muss – wenn er kein Dummkopf oder Heuchler ist – sagen, wo die Erträge bleiben!

Und damit bin ich bei Geschonneck (siehe auch „Widerspruch“ 1/2007), dem wir als Linkspartei am 16. Februar einen ganzen Themenabend widmen werden, und das nicht nur, weil er kürzlich 100 Jahre wurde. Er kam als Kind armer Leute mit seinen Eltern und Geschwistern im Alter von zwei Jahren aus Polen nach Berlin. 1923 aus der Arbeit bei einer Bank entlassen, schlägt er sich als Hilfsarbeiter, Hausdiener und Arbeitsloser durch. Er schließt sich der Arbeitersportbewegung Fichte an, wird Leiter des Arbeiter-Athletenbundes Berlin-Kreuzberg und bildet sich in der MASCH fort. 1929 wird er in die Parteigruppe Arkonaplatz der KPD aufgenommen. Er singt im Arbeiter-Chor Groß-Berlin, tritt mit der Agitprop-Gruppe Sturmtrupp

links auf, nimmt Sprachunterricht, spielt zur Reichstagswahl im Roten Kabarett Tucholskys „älteren, leicht besoffenen Herrn“.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten geht er zunächst in die Tschechoslowakei, beim Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die CSR taucht Geschonneck unter. Am 31.3.1939 wird er beim Versuch, über Polen nach London zu fliehen, verraten und bei Mährisch-Ostrau von der SS festgenommen. Nach Gestapo-Verhören wird er zunächst ins Polizeipräsidium in Berlin, nach Kriegsbeginn ohne Prozess ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im März 1940 ins KZ Dachau verlegt, wird er Stubenältester, dann Blockältester. Er arbeitet aktiv in der Widerstandsorganisation des Lagers mit, versucht durch kulturelle Aktivitäten die Moral der Mithäftlinge zu stärken.

Auf Vermittlung von Werner Hinz geht er im Mai 1949 nach Berlin ans Deutsche Theater, wird jedoch von Helene Weigel an das gerade entstehende (und noch im gleichen Haus spielende) Berliner Ensemble engagiert. Am 8.11.1949 hat Brechts „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ unter der Regie von Erich Engel und Brecht Premiere und Geschonneck spielt den Matti.

Ich glaube, gerade so ein Leben wie das von Erwin Geschonneck zeigt deutlich, dass linkes Engagement – abhängig von den Zeitumständen – Widerstand, Aufklärung und Entwicklung von Perspektiven in sich vereinen muss.

Lassen wir uns also von Kyrill belehren und mit Geschonneck unterhalten!

Stephan Wende

Vorsitzender der Linkspartei.PDS Oder-Spree

Film & Gespräch „Geschonnecks Jahrhundert“

Erwin Geschonneck, einer der profiliertesten Schauspieler der DDR, wurde 100. Zum Geburtstag des Mimen wird in der Kulturfabrik Fürstenwalde an sein großes Werk erinnert. Mit „Karbid und Sauerampfer“, der Defa-Komödie der Nachkriegszeit. Und mit der Präsentation der Bildbiographie „Erwin Geschonneck – eine deutsche Biografie“,



die vom Verlag Theater der Zeit vorgestellt wird. Spannende Augenblicke erwarten das Publikum, unvergessene und selten gesehen Bilder lassen uns nachträglich Erwin Geschonneck gratulieren.

Zum anschließenden **Publikumsgespräch** sind Freunde und Wegbegleiter, so **Lothar Bisky** und **Wolfgang Kohlhase**, von Erwin Geschonneck eingeladen. Der langjährige Defa-Schauspieler und Brecht-Mitarbeiter, der Ehrenmitglied der Deutschen Filmakademie ist, verkörpere „ein bedeutendes Kapitel nicht teilbarer deutscher Theater- und Filmgeschichte des 20. Jahrhunderts“, betonte der Bundestagsabgeordnete. „Er hat den aufrechten Gang geprobt – in den Konzentrationslagern ebenso wie während der Zeit des Exils, auf der Bühne Brechts wie in den Filmen, in denen er sein Gesicht nicht versteckte.“

16. Februar 2007, 19 Uhr
Kulturfabrik Fürstenwalde
Domplatz 7

Sie wissen es nicht

Junge Frauen, teilweise ohne Schulabschluss, zumeist ohne Ausbildung und in jedem Fall ohne Arbeit, erwarteten mich. Ich sollte im Rahmen der Ausbildung „Aktiv für Arbeit“ vor achtunddreißig jungen Frauen, wohl alle auch junge Mütter, aus dem Manuskript des Buches „Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen. Lebensbilder“ lesen. Es war die Bitte geäußert worden, nach Möglichkeit Bildmaterial mitzubringen. Intensiv hatte ich mich vorbereitet, weil nicht auszuschließen war, dass einigen Frauen rechtsextremistisches Gedankengut bekannt ist, sie sich vielleicht sogar damit identifizieren. Und dann stand ich vor ihnen, las Lebensbilder von ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald. Aufmerksamkeit herrschte, kein Desinteresse. Zu spüren war die Betroffenheit. Solche Worte schienen sie zum ersten Mal zu hören, solche Fotos waren ihnen bisher unbekannt.

Die Texte waren gelesen, Fragen konnten gestellt werden. Eine der Frauen bat, das Foto noch einmal zu zeigen, von dem in Auschwitz geborenen Jungen, der, versteckt und illegal versorgt von den Kameradinnen seiner Mutter, überleben konnte. Sie fragte nach, ob tatsächlich im Lager Kinder geboren wurden. Wir kamen auf das Kind von Buchen-

wald Stefan Jerzy Zweig, Bruno Apitz und „Nackt unter Wölfen“. Nichts kannten sie. Sie wissen es nicht! Es ist ihnen nicht vermittelt worden. Von „Schindlers Liste“ wussten sie, da gab es einen Film, Anne Frank war ihnen fremd, Albert Kuntz kannten sie nicht, nie gehört. Wi-

derstand? Von einem komischen Hitlerfilm mit Helge Schneider sei was im Fernsehen gesagt worden. Fast zwei Stunden redeten wir, versäumte Geschichtsvermittlung zu kompensieren, war nicht möglich. Dann sah sich jene, die gefragt hatte, in der Runde um und sagte: „Das waren doch keine Menschen, die das taten. So etwas nie wieder, nirgends auf der Welt.“ Keine der jungen Frauen widersprach.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt (Oder)

Texte 35 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
ca. 180 Seiten, Broschur mit Abbildungen, 14,90 €, ISBN 978-3-320-02100-9



zwei-NUL-NULL-SIEBEN

Ein richtig tolles Jahr sollte es werden, dieses Zwei-Null-Null Sieben. Verfassungsschützer Björn Klopstock, so nannte er sich, ging schon im Sommer 2006 in die Spur. Als Legende dachte er sich aus, Journalist sein zu können und Interviewpartner zu suchen. Er ackerte sich an Kontakte heran, um schließlich Quellen zu gewinnen, die dann in Zwei-Null-Null-Sieben sprudeln sollten. Einen jungen Antifaschisten aus Frankfurt (Oder) suchte er sich aus, kontaktierte ihn, mailte, telefonierte und traf sich mit ihm natürlich.

Schnell gab er seine Legende auf. Dem beim Bundesinnenministerium angebotenen Verfassungsschutz diene er, lautete die Offenbarung. Angetragen wurde dem jungen Antifaschisten, Informationen zu beschaffen aus der Autonomen Antifa Frankfurt (Oder), also von seinen guten Freunden. Besonders deren Verbindungen interessierten und die Aktivisten. Möglichkeiten zur Aufklärung der Proteste zum G8-Gipfel in Heiligendamm sollten geschaffen werden, dazu wäre auch der überörtliche Einsatz in Erwägung

zu ziehen. Richtig, wie anders sollte der Verfassungsschutz sonst an Gipfelgegner herankommen. Mailverteiler und Passwörter vom Netzwerk der Gipfelgegner, darauf sollte der junge Antifaschist achten und natürlich darüber informieren. Für die Dienste wurden monatlich fünfhundert Euro in Aussicht gestellt. Ein Batzen Geld – und vielleicht noch an der Steuer vorbei.

Der junge Antifaschist lieferte jedoch in Abstimmung mit seinen Freunden ein Scheingefecht. Entgegen der üblichen Praxis, solche dubiosen Kontakte sofort öffentlich zu machen, wurde zum Schein auf das Ansinnen eingegangen. Jetzt veröffentlichte die Soligruppe der Roten Hilfe Frankfurt (Oder) ei-

nen ausführlichen Bericht über die Absichten des vermeintlichen Björn Klopstock.

Friedrich Gottlieb Klopstock wird als ein Wegbereiter des Sturm und Drang betrachtet, als Begründer der Erlebnisdichtung und des deutschen Irrationalismus. Namensfindende Überlegungen beim Verfassungsschutz waren das sicher nicht.

Der vollständige Bericht der Soligruppe Frankfurt (Oder) ist unter www.soligruppe-frankfurt.de zu lesen. *gb*

Spenden: Rote Hilfe FF/O
Kto-Nr. 4007 238 301, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank Bochum

27. Januar – Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Zivilcourage gegen Rechtsextremismus ist gefragt

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor eine Gefahr in Deutschland. Das Anwachsen rechtsextrem motivierter Straftaten, Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien in einzelnen Bundesländern und wachsender Antisemitismus machen deutlich: Rechtsextremismus ist kein Randproblem, sondern ein Problem inmitten der Gesellschaft.

Rechtsextremismus ist aber auch ein europäisches Problem. Seit dem 16. Januar haben wir im Europaparlament eine rechtsextreme Fraktion, längst gibt es grenzüberschreitende rechtsextremistische Aktivitäten. Der Gedenktag an die Opfer des Holocaust sollte Anlass sein, erneut über Wege und Möglichkeiten der Bekämpfung des Rechtsextremismus nachzudenken.

Rechtsextremisten stellen sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft und müssen deshalb konsequent politisch und auch strafrechtlich verfolgt werden. Es kommt darauf an, Zivilcourage und zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechtsextremes Gedankengut zu stärken. Das ist eine ständige parteiübergreifende Aufgabe. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlich-

keit können nur durch ernsthafte und kontinuierliche Arbeit vor Ort, in den Städten und Kommunen mit den Bürgerinnen und Bürgern bekämpft werden. Aktionismus ist hier fehl am Platze.

Je länger der Holocaust zurückliegt, desto wichtiger ist es, allen Opfern des deutschen Faschismus ein mahnendes Andenken zu bewahren und konsequent allen rechtsextremistischen und neofaschistischen Auffassungen entgegenzutreten. Die Linkspartei hat den Antifaschismus im Programm verankert. Und auch in den Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland heißt es: Ächtung des Rechtsextremismus und Neonazismus: Diese Kräfte werden wir politisch bekämpfen, den öffentlichen Raum gegen sie verteidigen und die antifaschistische Bildungsarbeit intensivieren. Deswegen wollen wir zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus wirkungsvoller machen, unter anderem indem wir dafür sorgen, dass entsprechende Initiativen und Beratungsteams öffentliche Mittel erhalten.

Lothar Bisky, Linkspartei.PDS-Vorsitzender

Veranstaltungen im LOS

(Auswahl)

- 11. Februar, 10 Uhr, Erkner, Neue Zittauer Straße 15, Stilbruch, **OFFEN GESAGT: Erhöhte Gaspreise – wie kann ich mich wehren?** MdL Renate Adolph im Gespräch mit Hartmut G. Müller, Verbraucherzentrale Brandenburg
- 16. Februar, 19 Uhr, Fürstenwalde, Domplatz 7, Kulturfabrik, **Film & Gespräch „Geschon-necks Jahrhundert“**
- 17. Februar, 10 Uhr, Freizeitzentrum Beerfelde, **Beratung des Kreisvorstandes mit den Orts- und Fraktionsvorsitzenden**
- 21. Februar, 14.30 Uhr, Fürstenwalde, Domplatz 7, Kulturfabrik, **Gespräch mit MdL Stefan Sarrach zur Arbeit der Landtagsfraktion**
- 7. März, 14.30 Uhr, Fürstenwalde, Domplatz 7, Kulturfabrik, **Frauentagsfeier**
- 10. März, 16 Uhr, Schöneiche, Kulturgießerei **OFFEN GESAGT: Frauentagsveranstaltung mit Gisela Steineckert**

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

Liebe Leserinnen und Leser,
der „Widerspruch“ schließt sich dem Auf-
ruf von VVN-BdA an:

nonpd – NPD-Verbot jetzt!

Wir rufen Sie/Euch auf, die unserer Aus-
gabe Februar 2007 beiliegende Sonderaus-
gabe der Zeitschrift „antifa“ zu beachten.
Geben auch Sie, gebt auch Ihr Eure Unter-
schrift. Wenden wir uns tausendfach an
die Abgeordneten des Deutschen Bundes-
tags. Ein neues Verbotverfahren gegen die
NPD muss her! Alle Basisorganisationen
der Linkspartei.PDS im Landkreis Oder-
Spree bitten wir, selbständig Initiative zu
ergreifen. *Peter Hochmuth*

www.npd-verbot-jetzt.de

Herzlichen Glückwunsch!



2. 3. Ursula Peschel	Beeskow	65 J.
13. 3. Sonja Lachmund	Schöneiche	70 J.
15. 3. Ursula Schulze	Schöneiche	75 J.
15. 3. Siegfried Uhlig	Eisenhüttenstadt	75 J.
16. 3. Elfriede Zschech	Grünheide	86 J.
18. 3. Dagmar Rahne	Schöneiche	65 J.
21. 3. Inge Fritzsche	Eisenhüttenstadt	75 J.
21. 3. Horst Miethke	Schönfelde	80 J.
25. 3. Hildegard Karras	Fürstenwalde	81 J.
25. 3. Siegfried Richter	Fürstenwalde	81 J.
29. 3. Achim Klingner	Storkow	75 J.
31. 3. Günter Feldmann	Tauche	70 J.

Alles öffentlich

Sitzungen im Februar/März 2007

■ DIE LINKE.PDS-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 27.2. jeweils 19 Uhr; Orte bitte bei Fraktionsgeschäftsführerin oder in der Geschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax (03 36 37) 3 88 43, E-Mail: emk.pooch@t-online.de

DIE LINKE.PDS-Geschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

■ Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Rechnungsprüfungsausschuss	12.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport	13.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss KWU	14.2., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11 (KWU)
Ausschuss f. Recht, Ordnung und Landwirtschaft	15.2., 18.30 Uhr, FTZ, Fürstenwalde, Frankfurter Str. 71a Schulungsraum im 1. OG
Werksausschuss Burg Beeskow	20.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Burg
Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen	21.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Jugendhilfeausschuss	22.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Haushalts- und Finanzausschuss	26.2., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss Rettungsdienst	1.3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Kreisausschuss	7.3., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127

■ Kreistag Oder-Spree

28.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenhaus

Online-Shop

Hier können Sie politische Literatur, Organisationsmaterial, aber auch Werbemittel und Fan-Artikel der Linkspartei.PDS bestellen.

www.sozialisten.de/shop

Die Linkspartei.PDS Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle
Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax 34 26 24
E-Mail kontakt@linke-oder-spree.de
geöffnet Mo.–Do. 9–12 u. 13–17, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr, Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „Widerspruch“ im DIE LINKE.PDS-Kreisverband Oder-Spree; Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde (Spree), Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: oder.spree@pds-brandenburg.de
Redaktion: V.i.S.d.P. - Peter Hochmuth, Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich); Redaktionsschluss: 5. Tag des Monats; Auflage: 1 500 Exemplare; Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de; Druck: TASTOMAT Druck GmbH, 15345 Eggersdorf
Der „Widerspruch“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 € - im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „Widerspruch“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten des DIE LINKE.PDS-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.PDS (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

The voters want peace.
Tell the new Congress:

**ACT NOW
TO END
THE WAR!**



**Jan 27
D.C.**

www.unitedforpeace.org

**NO
CO2**

**Menschen
vor Profite!**

DIE LINKE.